Der Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz
Ministerium für Bildung und Kultur, Referat A4, Trierer Straße 33, 66111 Saarbrücken

*Medieninformation*

Berlin, den 16. Juni 2019

**Positionspapier der ständigen Konferenz der Landesschüler\*innenvertretungen**

**der Länder der Bundesrepublik Deutschland**

**zu „Fridays for Future“**

Seit einem halben Jahr ist das steigende Engagement und der gesellschaftliche Einsatz sowie politische Aktivismus der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland als ein fester Bestandteil des politischen Diskurses nicht mehr wegzudenken. Auch die Ergebnisse der vergangenen Europawahl und die Wahlstatistiken der Jüngeren und Erstwähler\*innen bestätigen diesen Eindruck.

Deswegen fordert die ständige Konferenz der Landesschüler\*innenvertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland, dass die Forderungen der Jugendlichen von den entscheidungstragenden Politikern nicht nur unterstützt, sondern auch umgesetzt werden. Wir als Landeschüler\*innenvertretungen begrüßen vor allem das steigende Engagement der Jugendlichen und die daraus folgende Politisierung. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Interessen gehört werden und die Politik darauf eingeht.

Konkret bezogen auf die Bewegung „Fridays For Future“ fordern wir, dass keine unverhältnismäßigen Strafen für die Teilnahme an Demonstrationen und die damit verbundene Abwesenheit vom Unterricht verhängt werden.

Inhaltlich fordern die Landesschüler\*innenvertretungen, dass Schulen nachhaltiger gestaltet und in ihrer Rolle als öffentliche Institutionen Vorreiter in Bezug auf Klimaneutralität werden.

Des Weiteren positionieren wir uns für eine stärkere Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehrplänen.